

Seit vielen Jahren spitzt sich die Situation für Menschen mit niedrigem Einkommen in Deutschland zu. Insbesondere junge Menschen, darunter auch viele Studierende, sind besonders häufig armutsgefährdet oder von Armut betroffen. Gerade in den Metropolen, aber auch in anderen Großstädten erleben wir enorme Mietsteigerungen. In der Corona-Pandemie haben viele Studierende ihre Nebenjobs zeitweise verloren und dadurch ihre Ersparnisse aufgebraucht oder Schulden aufgenommen.

Der russische Angriffskrieg hat fatale Folgen, insbesondere auf die Ukraine. Doch auch im Rest der Welt und so auch in Deutschland machen sich die Konsequenzen bemerkbar. Seit diesem Jahr gibt es enorme Preissteigerungen bei alltäglichen Produkten, die sich bereits vorher auf einem hohen Preisniveau befanden: Der Wocheneinkauf wird aufgrund der hohen Lebensmittelkosten teurer, die Nebenkostenabrechnung bereitet vielen aufgrund der gestiegenen Energiekosten große Sorgen und die Mieten steigen seit Jahren, insbesondere in den Städten.

Es ist also kein Wunder, dass die psychologischen Beratungsstellen der Studierendenwerke chronisch überlastet sind - sie, die eigentlich dazu da sind, einigen wenigen Studierenden in persönlichen Krisen zu helfen, müssen nun ganze gesellschaftliche Krisen, die auf dem Rücken der jungen Leute ausgetragen werden, abfedern. Und das obwohl der hohe Leistungsdruck im Studium bereits viele Studierende stark belastet!

Studierende finanziell absichern!

Während das Leben also teurer wird, steigen die Löhne und das BAföG nicht oder nicht genug. Mit der letzten BAföG-Reform wurden die Fördersätze um 5,75 % angehoben, die Wohnkostenpauschale immerhin um 10 %. Das ist zwar erst mal ein Schritt in die richtige Richtung, doch die seit Jahren überfälligen Erhöhungen wurden - noch bevor sie beschlossen waren - von der Inflation aufgefressen. Letzten Endes stehen die BAföG-Empfänger*innen nun auch nicht besser da als vor der Reform. Eben weil das BAföG nicht genug der Studierenden erreicht und es für die, die es empfangen, nicht ausreicht, müssen zwei Drittel aller Studierenden

einer Lohnarbeit nachgehen. Und das obwohl sie in Vollzeitstudiengängen studieren. Nach der Logik des BAföG müssten Studierende eigentlich gar nicht arbeiten gehen, zumindest nicht, um die notwendigen Lebenshaltungskosten stemmen zu können: Theoretisch müssten die Studierenden entweder von ihren Eltern oder über das BAföG eine ausreichende Finanzierung erhalten.

Die Bundesregierung hat mit der letzten BAföG-Reform einen Notfallmechanismus geschaffen - man sollte meinen, dass dieser in einer so dramatischen Situation wie der aktuellen eingreifen würde. Doch er umfasst lediglich erhebliche Störungen auf dem Arbeitsmarkt und nicht allgemein enorme Preissteigerungen. Diese Störungen auf dem Arbeitsmarkt sind zurzeit noch nicht abzusehen, weshalb der Mechanismus nicht greift. Es zeigt sich also, dass das neu geschaffene Instrument nicht alle großen Krisen mitdenkt.

Schluss mit dem Sparzwang!

Während Studierende also individuell vor finanziellen Sorgen stehen, ist das ganze eigentlich ein strukturelles Problem: Weder unsere Hochschulen noch die Studierendenwerke sind ausreichend finanziert. Auch sie sind von den hohen Energiekosten betroffen und müssen sich an strenge Einsparungsvorschriften durch die Länder halten. Dabei ist gerade jetzt eine ausreichende Finanzierung von Studierendenwerken besonders wichtig. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass die steigenden Kosten im Einkauf nicht vollständig an die Studierenden

weitergegeben werden. Auch für schnelle und unbürokratische Hilfe von Studierenden in Finanznot können Studierendenwerke eine geeignete Stelle sein. Neben Hilfsprogrammen, bei denen sich die Auszahlung über Monate verzögert, könnte so schnell Abhilfe verschafft werden. Studierendenwerke dürfen in der Krise nicht im Stich gelassen werden. Schließlich sind sie keine

Wirtschaftsunternehmen, sondern leisten mit ihrer Unterstützung von Studierenden einen gemeinnützigen und wichtigen gesellschaftlichen Beitrag: Sie bieten kostengünstiges Essen und bezahlbaren Wohnraum an und stellen außerdem Beratungsangebote zur Verfügung. Eine konkrete Maßnahme, um sie dabei zu unterstützen, sollte die Senkung der Mehrwertsteuer auf 7% für vegane Lebensmittel sein. Den Studierendenwerken müssen genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die aktuellen Krisen sowohl finanziell, als auch in der psychologischen Beratung, abfedern zu können.

Wir sind besorgt, dass nun, nachdem wir aufgrund der Corona-Pandemie jahrelang nicht in Präsenz in die Uni gehen konnten, die neueste Energiekrise wieder auf uns Studierende abgewälzt wird.

Wir fordern daher, dass die Hochschulen offenbleiben müssen. Auch die Vorhaben mancherorts, die Ferien über den Jahreswechsel um eine Woche zu verlängern, halten wir für keine gute Idee. Gerade in der Zeit kurz vor der Klausurenphase ist es essenziell, sich mit Kommiliton*innen austauschen zu können und auch den Dozierenden persönlich Fragen stellen zu können. In den letzten Jahren konnten wir feststellen, dass dieser Austausch im Digitalen nicht annähernd so gut

funktioniert wie im persönlichen Gespräch an der Hochschule. Es ist weder fair, noch besonders energiesparend, wenn alle Studierenden und Mitarbeiter*innen wieder ins Home-Office müssen und dadurch zu Hause viel mehr heizen müssen, als sie es sonst tun würden. Es ist also essenziell, dass unsere Hochschulen für Lehrveranstaltungen geöffnet bleiben, aber ebenso als Lern- und Sozialräume.

Die Bundesregierung versucht den aktuellen Preissteigerungen entgegenzuwirken: So gab es Heizkostenzuschüsse für Empfänger*innen des BAföG und anderer Sozialleistungen. Allerdings bezieht nur ein Bruchteil aller Studierenden BAföG - daher bekommen die meisten eben auch nicht diese Unterstützungsleistungen.

Doch kürzlich wurde auch eine Einmalzahlung in Höhe von 200 € für alle Studierenden beschlossen. Dieser Betrag kann sicherlich kurzfristig helfen, eine wirkliche Verschnaufpause schafft er allerdings nicht. Nur 200 € können uns wohl nicht über den Winter bringen. Es braucht daher regelmäßige Zahlungen, die schnell und unbürokratisch alle Studierenden entlasten.

Wir fordern, dass Studierende in diesen Krisen angemessen unterstützt werden und langfristig das BAföG wieder zu einem Unterstützungsinstrument für den Großteil der Studierenden wird.

Kapitalismus ist Krise

Als Campusgrün sind wir der Überzeugung, dass gesellschaftliche Krisen keine Naturkatastrophen sind, sondern menschengemacht. Und was von Menschen gemacht ist, kann von Menschen verändert werden. Die multiplen Krisen treffen junge Menschen, darunter viele Studierende, besonders hart, aber sie trifft uns nicht ausschließlich. Auch viele alte oder kranke Menschen, Menschen mit Behinderung, migrantisierte Menschen und andere von Diskriminierung betroffene Menschen leiden besonders stark unter den multiplen und wiederkehrenden Krisen.

Auch, wenn die Gasknappheit unmittelbar durch den russischen Angriffskrieg verursacht wurde, sind die Abhängigkeit von Russland und die fortgesetzten Investitionen in fossile, statt erneuerbare Energieträger ein Ergebnis falscher politischer Entscheidungen. Bei diesen Entscheidungen wurde nach kurzfristigen Kapitalinteressen gehandelt und dabei das Gemeinwohl aus den Augen verloren: Das russische Gas als günstige Option wurde gewählt, obwohl weithin bekannt war, dass das russische Regime seit Jahren Menschenrechte verletzt. Und auch wenn die aktuelle Krise mehr Verlierer*innen als Gewinner*innen bietet, werden Krisengewinner*innen erneut nicht richtig zur Kasse gebeten.

Alle diese Krisen sind bedingt durch die kapitalistische Wirtschaftsweise, welche bestehende Machtstrukturen und die finanziellen Verhältnisse zementiert. Menschen, die in armen Familien aufwachsen, haben nicht dieselben Chancen im Leben wie diejenigen, die in reiche Verhältnisse geboren wurden. Und eben diese armen Menschen haben jetzt nicht die finanziellen Rücklagen, um Krisen des aktuellen Ausmaßes meistern zu können.

Kapitalistisches Denken sorgt dafür, dass alle für ihre eigenen Interessen arbeiten müssen, dabei ist Solidarität so ein wichtiges Gut. Gerade in Krisen müssen wir uns aber solidarisch verhalten und einander unter die Arme greifen. Daher stellen wir fest: Der Kapitalismus ist die Krise! Wir müssen das kapitalistische Wirtschaftssystem daher überwinden, um gesellschaftliche Krisen zu verhindern oder zumindest solidarisch zu lösen.

Unsere Antwort heißt Solidarität

Campusgrün setzt sich dafür ein, unsere Gesellschaft solidarisch zu organisieren und auch wirtschaftliche Entscheidungsprozesse zunehmend zu demokratisieren. Es ist nicht nur dringend nötig, die Richtung der Umverteilung finanzieller Ressourcen von oben nach unten zu drehen, es ist auch möglich.

Die Bildungsbremse zu lösen und eine solidarische Finanzierung von Bildung - d.h. Ausfinanzierung der Institutionen und Unterstützung der Lernenden, Lehrenden und Forschenden ist für uns ein wichtiger Schritt dazu.

Entgegen allen Gründen für Sorge und Skepsis, glauben wir an die Möglichkeit eines guten Lebens für Alle, den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und eine solidarische und demokratisch organisierte Gesellschaft, nicht nur hier in Deutschland oder der Europäischen Union, sondern weltweit. Doch dafür braucht es radikale Veränderungen und mutige Schritte.

Beschlossen auf der 46. Bundesmitgliederversammlung
Berlin, November 2022